

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

documenta-Stadt

Kassel, 24.11.2009

Unterbringung Obdachloser - Wohneinheiten Erzbergstraße

Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.1493 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie ist der Stand der Verhandlungen der Stadt Kassel mit dem Immobilienkaufmann Frank Schmidt-Mauerer im Konflikt um 48 Wohneinheiten?
2. Um welche Absprache handelt es sich, die als Auslöser für eine Rückforderung der Wohneinheiten genannt wird?
3. Wie viele Obdachlose in Kassel benötigen eine Unterkunft?
4. Welche Faktoren berücksichtigt der Magistrat bei der Unterbringung von Obdachlosen und wie werden diese Faktoren gewichtet?
5. Wie viel Wohneinheiten stellt die Stadt Kassel hierfür zur Verfügung?
6. Wann muss ein Obdachloser für einen Zwangsumzug zahlen?
7. Wann gibt es Hilfen vom Wohnungs- oder Sozialamt, in welcher Höhe?
8. Liegen Widersprüche von Obdachlosen gegen die in der Presse dargestellten Zwangsumzüge vor?
9. Wie verhält sich die Stadt zu dem Appell des Mieterbundes, neu zu verhandeln?
10. Wie verhält die Stadt sich zu dem Angebot des Mieterbundes, zwischen den Parteien zu vermitteln?
11. Hat die Stadt Kassel weiteren Wohnraum für die Unterbringung Obdachloser angemietet?
12. Wurden bei diesen Mietverhältnissen ebenfalls Nebenabsprachen vorgenommen?
13. Kann es bei diesen Verträgen zu ähnlichen Schwierigkeiten wie bei dem jetzt bekannt gewordenen Fall kommen?
14. Welche Lösungsstrategien verfolgt der Magistrat in der aktuellen Situation?

Die Anfrage ist beantwortet.

Hannelore Diederich
Vorsitzende

Andrea Turski
Schriftführerin